



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Imendörffer, Benno: Tschecho-Slowakei

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

statt einer Goldmark zehn Papiermark zu zahlen. Das Verhältnis ändert sich mit dem wechselnden Kurse. Der Staat darf nach dem Sanierungsgezet selbstverständlich neues Papiergeld nicht mehr ausgeben. Die Ausgaben müssen, selbst wenn sogenannte soziale Ausgaben in Frage kommen, unter allen Umständen diesem Erfordernis angepaßt werden. Der Staat hat dann entsprechend seiner jeweiligen Leistungsfähigkeit die Möglichkeit, sein altes Papiergeld aus dem Handel zu ziehen, eine langsame Entwicklung ist gewährleistet. Eine brauchbare Auslandsvaluta ist geschaffen, die schwebende Schuld materiell nach dem geltenden Kursstande, also zum Beispiel eins zu 10 herabgesetzt. Das bedeutet einen Aktord des Staates bezüglich der schwebenden Schuld ohne festangegebene Prozente, sondern nach Maßgabe des jeweils geltenden Kurses. Kursschwankungen hat der Staat nicht mehr zu fürchten, da er ja seiner Leistungsfähigkeit den Ankauf des Papiergeldes anpassen kann. Natürlich findet mit fortschreitendem Aufbau eine Versteifung des Papiermarkkurses statt, die dann einen jedermann sichtbaren Maßstab der Gesundung der Staatsfinanzen abgibt.¹⁾

Natürlich ist eine solche Maßnahme nur denkbar unter gleichzeitiger völliger Öffnung der Grenzen und dementsprechend völligem Abbau der Zwangswirtschaft, denn diese beiden Umstände sind die Ursache geworden für unsere schlechte Valuta und für die Verschiedenheit der inneren Valuta von der äußeren. Darum gehört die nähere Erörterung über dieses Problem in einen anderen Zusammenhang, und es kann hier nur in allgemeinen Umrissen angedeutet werden. Die Aufzählung über unsere Steuerreform sollte aber nicht geschlossen werden, ohne darauf hinzuweisen, daß es auch noch andere Wege zur Gesundung und zum Wiederaufbau gibt als Steuerreformen.



Tschecho-Slowakei

Eine Erwiderung von Prof. Dr. Benno Imendörffer

Der Aufsatz von Menenius über die Tschecho-Slowakei hat in unserem Leserkreise mehrfach Widerspruch erregt. Wir haben in Nr. 51 einen Brief aus Böhmen veröffentlicht, der sich gegen Menenius wendet. Die folgenden Betrachtungen ergänzen die dort vorgebrachten Einwände und sollen deshalb unseren Lesern nicht vorenthalten werden. D. Schriftl.



ie Grenzboten bringen in ihrer Nr. 46 d. J. einen mit Menenius gezeichneten Aufsatz über die Tschecho-Slowakei, der nicht unerwidert bleiben darf, da er geeignet ist, völlig falsche Vorstellungen über das Verhältnis der Deutschen zu dem neuen tschecho-slowakischen Staate zu erwecken. Ich weiß nicht, woher der Verfasser seine Nachrichten bezieht und worauf er seine Urteile stützt, sicher aber ist, daß diese nicht mit den Anschauungen des österreichischen Deutschtums übereinstimmen. Es sei daher gestattet, in folgendem die Auffassung der nächstbeteiligten, also der Deutschen in Osterreich und in den Sudetenländern selbst, zum Ausdruck zu bringen.

Von Nebendingen absehend, will ich nur auf die wichtigsten Stellen des fraglichen Aufsatzes eingehen, die mir einer Berichtigung dringend bedürftig zu sein scheinen.

¹⁾ Ein teilweise ähnlicher Vorschlag findet sich auch in Nr. 614 der „Deutschen Tageszeitung“ vom 9. Dezember dieses Jahres.

Wenn behauptet wird, daß zwar die Klagen der Deutschen über tschechische Bedrückung objektiv berechtigt seien, dann aber gesagt wird: „Aber es liegt doch auch im Wesen gewaltsamer und plötzlicher Veränderungen innerhalb eines Staatswesens begründet, daß sie sich nicht in der Form anpassenden Wachstums, sondern als über das eigentliche Ziel hinausgehende Reaktionen vollziehen. Tatsache ist doch, daß sich die Tschechen, gleichviel, ob mit Recht oder Unrecht, unterdrückt gefühlt haben; daß sie nun, da sie das Heft in der Hand haben, ihrerseits unterdrücken wollen, liegt in der menschlichen Natur“, so fordert hier doch alles zum Widerspruche heraus. Ich möchte dagegen folgendes einwenden: Zunächst ist es ganz und gar nicht belanglos, ob die Tschechen sich im alten österreichischen Staate mit Recht oder Unrecht bedrückt fühlten. In Wirklichkeit fühlten sich vielmehr „die Tschechen“, d. h. die Masse des tschechischen Volkes überhaupt nicht bedrückt, denn sie hatte dazu schon seit Jahrzehnten nicht den geringsten Grund. Die Sache liegt vielmehr tiefer und Menenius irrt, weil er die historischen Grundlagen nicht kennt oder nicht auf sie Bezug nimmt. Es ist eine uralte Lehre des tschechischen Rationalismus, die bis auf das fünfzehnte Jahrhundert zurückgeht und zum erstenmal rücksichtslos von Johann Sus, der weit mehr nationaler als religiöser Apostel gewesen ist, ausgesprochen wurde, daß die Deutschen in den Sudetenländern fremde Eindringlinge seien, die wieder vertrieben werden müßten. Diese aller geschichtlichen Berechtigung entbehrende Lehre wurde sodann von den Führern der tschechischen Bewegung im neunzehnten Jahrhundert aufgenommen und bildet die Hauptwaffe in der rücksichtslosen Bekämpfung des sudetenländischen Deutschtums. Die Masse des tschechischen Volkes hat sich indessen bis in die neueste Zeit keineswegs bedrückt gefühlt, es war vielmehr ausschließlich das Werk der Führer, die teils aus rein nationalen, bis zu einem gewissen Grade also idealistischen, teils aber aus Gründen des Brotneides, also aus nichts weniger als idealen Beweggründen, deutschfeindliche Gesinnung künstlich ins Volk trugen. Nun kann aber auch von einer Reaktion, wie sie Menenius annimmt, nicht wohl die Rede sein, denn die Bedrängung und Mißhandlung — im vollsten Sinne des Wortes — der Deutschen ist keine neue Erscheinung, sie bestand vielmehr bereits unter der österreichischen Herrschaft und erfreute sich der stillschweigenden und wohlwollenden Duldung der k. k. Regierung ganz ebenso, wie heute der tschecho-slowakischen. Hier handelt es sich also nicht um ein Novum, sondern es läßt sich eine strenge Kontinuität feststellen, wenn auch die Formen der Deutschenverfolgung heute noch ungeniertere geworden sind. Was den Hinweis auf den letzten Kabinettswechsel in Prag und die scheinbar freundlichere Haltung Masaryks und des Ministers Benesch gegen die Deutschen betrifft, so gehört die ganze altgewohnte Naivität des Reichsdeutschen dazu, um zu glauben, daß die Erklärungen der genannten tschechischen Staatsmänner „auch im Grunde ehrlich gemeint sind“. Wir Deutsch-Österreicher wissen durch jahrzehntelange schmerzliche Erfahrung, was wir von ihnen zu halten haben. Irrig ist denn auch die Auffassung, als handele es sich bei der Bedrückung der Deutschen um mehr oder weniger häufige Fälle, die aber doch nur vorübergehende Ausbrüche des augenblicklich überhitzten tschechischen Nationalgefühles seien und keineswegs den Absichten der Regierung entsprächen. In Wahrheit handelt es sich vielmehr um ein wohlüberlegtes System und die Regierung ist, wenn nicht unmittelbare Veranlasserin dieser Dinge, doch deren wohlwollende Zuschauerin. Was die Aufhebung deutscher Schulen betrifft, deren Verchtigung „von hier aus“, soll wohl heißen von Berlin aus, nicht nachgeprüft werden kann, so vermögen wir hier in Wien diese Nachprüfung sehr wohl vorzunehmen und nehmen sie ständig vor. Die in der Hauptleitung des Deutschen Schulvereins, der Schreiber dieses selbst angehört, ständig einlaufenden Berichte lassen mit aller nur wünschenswerten Klarheit erkennen, daß in weitaus den meisten Fällen reine Gewaltakte ohne jede innere Berechtigung vorliegen. Wenn z. B. Schulen, die von mehr als achtzig deutschen Kindern besucht werden, obgleich die Zahl von vierzig gesetzlich als Verpflichtung zur Errichtung einer der Nationalität der Kinder entsprechenden Schule festgesetzt ist, gesperrt werden, so

sagt dies wohl genug. Andererseits werden deutsche Beamte unter der Androhung sofortiger Entlassung genötigt, ihre Kinder in die tschechische Schule zu senden, auch wenn die bestehende deutsche Schule vollständig lebensfähig, ja überfüllt ist. Auf diese Weise wird sie dann allerdings „überflüssig“ gemacht. Daß derartige Maßregeln aber nicht ohne Kenntnis der Regierung durchgeführt werden können, wird wohl auch Menenius zugeben.

Was die vom Verfasser den Deutschböhmen — übrigens ein viel zu enger Begriff, es muß heißen den sudetenländischen Deutschen — empfohlene Haltung betrifft, so sind wir in Deutsch-Österreich auch hier keineswegs seiner Meinung. Daß der Anschluß an Deutsch-Österreich schwierig gewesen wäre, mag zugegeben werden, daß er unmöglich war, ist dagegen nicht richtig. Hätte man im entscheidenden Augenblicke, d. h. beim Zusammenbruche der österreichischen Kriegsfront, dafür Sorge getragen, wie es auf tschechischer Seite der Fall war, daß die deutschen Regimenter im Besitze ihrer Waffen und ihrer Führung geblieben wären, hätte nicht die kurzfristige deutsch-österreichische Regierung sich selbst sofort aller Möglichkeit bewaffneten Widerstandes begeben, die Sache wäre völlig anders verlaufen. Politisch wie militärisch versagte der Apparat in kläglicher Weise. Nur dadurch war es den Tschechen möglich, ihr sogenanntes „Staatsrecht“ aus seinem papiernen Dasein in die Wirklichkeit zu übersetzen. Die Existenzfähigkeit des tschechischen Staates kann aber doch unter keinen Umständen eine Sorge der Deutschen sein. Die deutsche Irredenta, ob sie sich als solche bekennt, ja selbst, ob sie heute schon im deutschen Bewußtsein zu voller Klarheit gelangt ist oder nicht, besteht im Keime unter allen Umständen und soll uns eine Zukunftshoffnung bleiben, die wir mit treuester Sorgfalt hüten und pflegen wollen. Was Menenius fordert, ist nicht mehr und nicht weniger als der Verzicht auf vier Millionen deutscher Stammesbrüder zugunsten der Lebensfähigkeit des tschechischen Staates. Die regionale Autonomie wird dabei, ganz im Gegensatz zu den Ansichten des Menenius, das nächste Ziel der deutschen Politik in Böhmen und Mähren sein müssen. Hier handelt es sich um Sein oder Nichtsein des Deutschtums, denn bei völliger Hingabe an den tschecho-slowakischen Staat ist angesichts der planmäßigen Durchsetzung des deutschen Sprachgebietes mit tschechischen Minderheiten an eine Rettung und Erhaltung der deutschen Siedlungsgebiete überhaupt nicht zu denken. Von einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit den Tschechen kann man nur sprechen, wenn man die tschechischen Mentalität nicht kennt; ein derartiges Zusammenarbeiten bedeutete lediglich die Selbstaufgabe der Deutschen. Der Umstand, daß bei den letzten Gemeinderatswahlen in Prag auch zwei oder drei Vertreter der Deutschen gewählt wurden, besagt für die versöhnliche Haltung der Tschechen gar nichts; sie ist lediglich eine Folge des neuen Proporzwahlsystems, in dem die Deutschen entsprechend ihrer Zahl, rein mechanisch einige wenige Sitze erlangen mußten, während das frühere Bezirkswahlssystem ebenso natürlich es unmöglich machte, einen deutschen Vertreter durchzusetzen, da die Deutschen in keinem Bezirke der Stadt die Mehrheit besaßen. Der Proporz aber wurde selbstverständlich nicht den Deutschen zuliebe, sondern auf Verlangen der Sozialdemokraten tschechischer Nationalität eingeführt. Damit fällt auch dieses Beweismittel des Verfassers für die freundliche Stimmung der Tschechen in nichts zusammen. Übrigens hat ja auch die Behandlung der deutschen Gemeinderäte bei ihrem ersten Auftreten keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß man tschechischerseits von ihrem Dasein keineswegs erbaut ist.

Den letzten Teil seiner Ausführungen widmet Menenius der Darlegung der inneren Schwierigkeiten des tschecho-slowakischen Staates und hier können wir im ganzen mit Zustimmung folgen. Freilich scheint er mir die Tragweite der herrschenden Zustände zu unterschätzen. Der tschecho-slowakische Staat, wie er ist, bildet eine schlechte Nachbildung des zertrümmerten Habsburgerstaates, noch genauer eigentlich des Ungarns, wie es bis 1918 bestanden hat. Die Stellung der Tschechen zeigt ganz auffallende Ähnlichkeit mit der der Magyaren im alten Ungarn: ein herrschendes Staatsvolk neben mehreren fremdstämmigen Völkern.

Aber so wie die Magyaren niemals die Mehrheit in Ungarn gebildet haben, so stehen auch hier den sechseinhalb Millionen Tschechen rund sieben bis sieben-einhalb Millionen Slowaken, Deutsche, Polen, Ruthenen und Magyaren gegenüber. Diese Tatsache eröffnet sehr trübe Aussichten für die Zukunft des tschechischen Staates und gerade deshalb Hoffnungen für die sudetenländischen Deutschen. Aus diesem Grunde ist es völlig unbegreiflich, wie man ihnen den Rat erteilen kann, sich in ein Staatswesen, das ihnen seiner Natur nach niemals zum Vaterlande werden kann, dessen Konsolidierung andererseits menschlicher Voraussicht nach noch in weiter Ferne steht, ja überhaupt fragwürdig ist, mit vollem Bewußtsein als überzeugte Staatsbürger einzugliedern. Auf tschechischer Seite erwartet man es auch gar nicht.

Was endlich die Abstimmung im Teschener Gebiete betrifft, so ist diese Frage keineswegs so klar, wie sie Menenius erscheint. Die Deutschen haben gute Gründe anzunehmen, daß es für sie vorteilhafter wäre, unter polnische als unter tschechische Herrschaft zu kommen, da die wirtschaftlich geringere Tüchtigkeit der Polen, gerade nach dieser Hinsicht für die Deutschen günstigere Bedingungen bietet.



Die wirtschaftlichen Wettbewerber in Südrußland

Von Johann Günther, wissenschaftl. Hilfsarbeiter beim Zweckverband Ost



Europa arbeitet fieberhaft an dem Wiederaufbau seines Wirtschaftslebens. Angesichts der zahllosen Verbindungen und Durchdringungen der Wirtschaftsinteressen eines Staates mit denen des anderen kann von dem Aufbau eines geregelten Wirtschaftslebens in einem Lande solange nicht die Rede sein, als wirtschaftliche Struktur und Beschaffenheit der mit ihm in wechselseitiger Beziehung stehenden oder auf sie angewiesenen Länder außer Betracht gelassen werden.

Hierher gehört das große Wirtschaftsproblem der Gegenwart: Rußland. Der Wiederaufbau Rußlands und die Ausnützung seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten bildet für alle europäischen Staaten, insbesondere aber für Deutschland, die wirtschaftliche Sorgen- und Hoffensfrage. Europa richtet heute seine Augen nach dem Osten. Es ist außerordentlich schwierig, bei einer Betrachtung über die wirtschaftliche Zukunft des nahen Ostens die politische Gestaltung der Dinge, wie sie heute liegen, als Berechnungsfaktor in Anschlag zu bringen. Allerdings läßt sich heute schon im Südosten Europas eine Art labiles Gleichgewicht, wenn auch noch lange keine endgültige Klärung und politische Regelung feststellen. Auch die Frage, ob Sowjetrußland sich den früheren Verhältnissen nähern und zum kapitalistischen System zurückkehren wird, dürfte trotz der bereits stark sich geltend machenden Anzeichen im bejahenden Sinne noch nicht beantwortet werden können. Eines steht jedoch fest, daß die kommunistischen Experimente der bolschewistischen Regierung zu einer völligen Desorganisation und Lähmung des Wirtschaftslebens geführt haben und daß eine Abkehr vom alten und eine Umkehr zu einem neuen System statifinden muß.

Südrußland oder die Ukraine, die längere Zeit hindurch für die Weltwirtschaft so gut wie wertlos war, und dessen Bewohner seit mehreren Jahren den größten Mangel an notwendigen Gegenständen des häuslichen Bedarfs, sowie an Produktions- und Verkehrsmitteln leiden, erholt sich, seit es durch die Denikinsche freiwillige Armee von der Bolschewistenherrschaft befreit wurde, immer mehr, und die Lage dieses an Bodenschätzen, Rohstoffen und landwirtschaftlichen Pro-